

## **Programme für nachhaltige Wirtschaftsreformen im Sudan und im Süd-Sudan: Welche Politiken führen aus den politischen, sozialen und ökonomischen Krisen heraus?**

Welchen Beitrag können umfassende und nachhaltige Wirtschaftsreformen für die politische und ökonomische Stabilisierung im Sudan und im Süd-Sudan erbringen? Diese Fragen werden in einer neuen Studie von Professor Karl Wohlmuth mit dem Titel *Sudan und Süd-Sudan – Programme für nachhaltige Wirtschaftsreformen* untersucht. Die Studie erscheint in den *SERG (Sudan Economy Research Group) Discussion Papers* als Nummer 41 (vgl. dazu den Link zur: **SERG Reihe** <http://www.iwim.uni-bremen.de/forschung/forsch-sudan.htm>). Der Beitrag von Professor Karl Wohlmuth geht von der zentralen These aus, dass zunehmende horizontale Ungleichheiten (zwischen den Regionen) und vertikale Ungleichheiten (zwischen den Einkommensschichten) kumulativ wirken und immer wieder neue Konflikte, Instabilitäten und Wachstums- und Entwicklungshemmnisse in den beiden Ländern hervorrufen. Die Wirtschaftsreformvorschläge des Professors in fünf zentralen Bereichen basieren auf diesen Einschätzungen und beziehen relevante Trends und Szenarien ein.

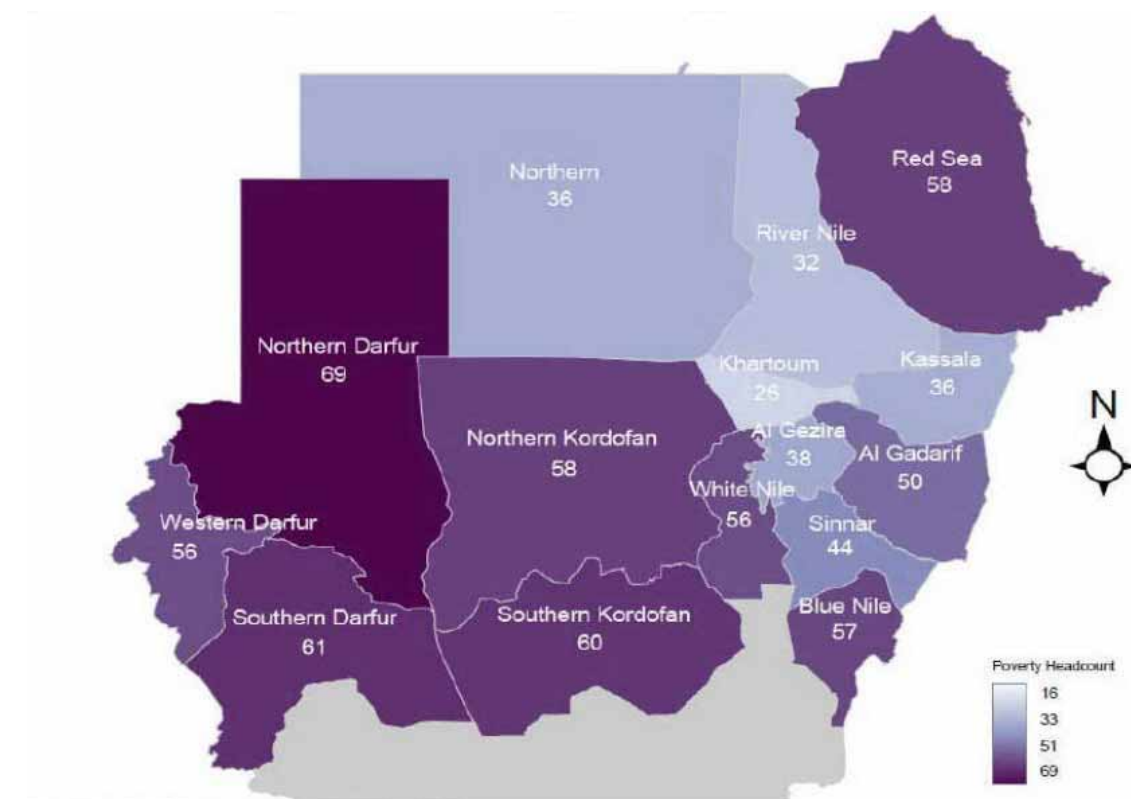
### **Zum Hintergrund der Krisen:**

Sowohl im Sudan als auch im Süd-Sudan haben sich die politischen, sozialen und ökonomischen Krisen in den letzten Jahren dramatisch zugespitzt. Schon vor der Unabhängigkeit des Süd-Sudan am 9. Juli 2011 nahmen die bewaffneten Auseinandersetzungen in den „Drei Gebieten“ („Three Areas“) gemäß CPA (Comprehensive Peace Agreement) vom 9. 1. 2005 zu. Die Auseinandersetzungen eskalierten ab Juni 2011 in den drei Gebieten (Abyei, Blue Nile State, South Kordofan State) weiter. Nach der Unabhängigkeit des Süd-Sudan verstärkten sich die Auseinandersetzungen an der internationalen Grenze zwischen den beiden Ländern. Der Stopp der Ölproduktion durch den Süd-Sudan im Januar 2012 führte zu einer dramatischen Verschlechterung der ökonomischen Lage in beiden Staaten, mit dem Zwang zu krisenverschärfenden Sparmaßnahmen. Obwohl im September 2012 und im März 2013 die Wiederaufnahme der Ölproduktion in Addis Abeba vereinbart wurde und ein Modus für die Verteilung der Öleinnahmen zwischen den beiden Staaten gefunden wurde, lief die Ölproduktion nur langsam an. Die politischen Konflikte in der SPLM/A zwischen dem Präsidenten des Süd-Sudan und seinem früheren Stellvertreter eskalierten im Süd-Sudan seit Juni 2013 und führten im Dezember 2013 zu bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen in weiten Teilen des Landes, mit Folgen insbesondere auch für alle Grenzregionen. Bisher konnte nur ein eher brüchiger Waffenstillstand erreicht werden. Die Ölproduktion in Unity State, Süd-Sudan wurde unterbrochen und auch die Ölproduktion im Sudan ist durch die Abhängigkeit beider Länder von der gemeinsamen Pipeline-Infrastruktur betroffen.

### **Interaktion von internen Konflikten und Konflikten an der internationalen Grenze:**

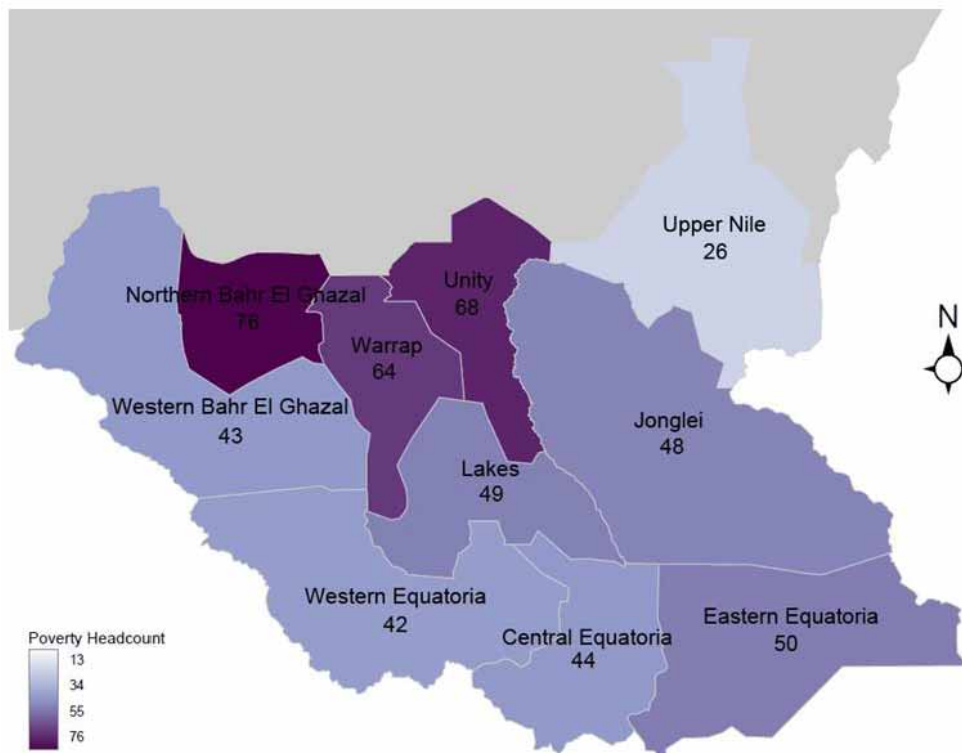
Beide Länder sind darüber hinaus von zahllosen internen Konflikten betroffen, die einen großen Teil der Staatsausgaben für „Sicherheit“ (Militär, Polizei, Geheimdienste, Milizen, etc.) binden; es wird von 55-70 Prozent der gesamten Staatsausgaben ausgegangen, so dass für produktive Ausgaben des Staates kaum Mittel verbleiben. Die Konflikte im Sudan (in fünf Teilstaaten von Darfur, in Blue Nile State, South Kordofan State, North Kordofan State, und temporär auch in den drei Eastern Sudan States) sind nach wie vor ungelöst. Auch im Süd-

Sudan brachen bereits kurz nach der Unabhängigkeit bewaffnete Konflikte in mehreren Bundesstaaten aus und es gelang nicht wirklich, diese Konflikte zu begrenzen und zu befrieden. All dies hat dazu geführt, dass die politische, wirtschaftliche und soziale Lage sich in beiden Ländern dramatisch verschlechtert hat. Das Fehlen von politischen Visionen und Strategien bei der SPLM/A im Süd-Sudan und bei der National Congress Party (NCP) im Sudan beschleunigte die Spirale nach unten. Eine Strukturtransformation zur Reduzierung der Abhängigkeit vom Ölexport (im Süd-Sudan) und vom Goldexport (im Sudan) fand nicht statt, weil in beiden Ländern die Landwirtschaft und die agroindustriellen Verarbeitungsindustrien weiter vernachlässigt wurden. Alternative Exportprodukte wurden nicht gefördert. Die hohen Armutsraten sind in beiden Staaten seit 2009, dem Datum der ersten Haushaltsbefragung seit dem Ende des Bürgerkrieges, weiter angestiegen, verursacht durch die vielen bewaffneten Auseinandersetzungen, das ökonomische und ökologische Missmanagement und die andauernde politische Instabilität. Sowohl im Sudan als auch im Süd-Sudan liegen die Armutsraten der Bevölkerung (auf Headcount-Basis) in den meisten Bundesstaaten bei weit über 50 Prozent oder nur knapp darunter (vgl. die beiden Grafiken unten). Nur in wenigen Bundesstaaten liegt die Armutsrate der Bevölkerung unter 30 Prozent oder nur knapp darüber. Die Armut ist zudem in den Bundesstaaten beiderseits der internationalen Grenze sehr verbreitet, obwohl diese Gebiete als besonders ressourcenreich gelten (in Bezug auf landwirtschaftliche und mineralische Ressourcen).



**Die Armut in den Bundesstaaten des Sudan (in Prozent der Bevölkerung)**

*Quelle: Weltbankanalyse der Daten des NBHS (National Baseline Household Survey) 2009*



### Die Armut in den Bundesstaaten des Süd-Sudan (in Prozent der Bevölkerung)

*Quelle: Weltbankanalyse der Daten des NBHS (National Baseline Household Survey) 2009*

### Die Komponenten des Reformpaketes:

Professor Karl Wohlmuth geht in seiner Studie auf fünf Programmkomponenten für nachhaltige Wirtschaftsreformen im Sudan und im Süd-Sudan ein. Es wird davon ausgegangen, dass die politische Stabilisierung in beiden Ländern durch Wirtschaftsreformen auf dieser Grundlage unterstützt werden kann, wenn auch ein Mindestmaß an politischer Stabilität Voraussetzung für die Umsetzung dieser Programme ist. In der Studie wird gezeigt, dass in beiden Ländern ähnliche Reformpakete angegangen werden müssen, wenn auch die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus bzw. die unterschiedliche Ressourcenausstattung beim Design berücksichtigt werden müssen. **Fünf Programmkomponenten** sind notwendig, um einen nachhaltigen Wirtschaftsaufschwung zu erreichen: Die **erste Programmkomponente (Makroökonomische Stabilisierung)** setzt bei den Fiskal-, Geld- und Wechselkurspolitiken und bei der Stärkung der makroökonomischen Institutionen an. Es geht darum, die nicht mehr tragfähige Fiskalsituation zu überwinden und den Umfang der

Finanzierung der Staatsausgaben durch die Zentralbank und die Banken deutlich zu reduzieren; es gilt auch, die Wechselkurspolitik so auszurichten, dass die Exporte von Nicht-Öl-Nicht-Gold-Produkten angeregt werden. Die **zweite Programmkomponente (mittel- bis langfristige Finanz- und Entwicklungsplanung)** soll sicherstellen, dass die Öl- bzw. die Goldeinnahmen und andere Ressourceneinkommen gegenwärtig und zukünftig für prioritäre Projekte (Infrastruktur, Wirtschaftsförderung, Bildung und Gesundheit) und für den Aufbau von elementaren sozialen Sicherungsnetzen eingesetzt werden. Dies erfordert auch die Einrichtung von nationalen Ressourcenfonds. Die **dritte Programmkomponente (Förderung von Nicht-Öl-Nicht-Gold-Exporten)** setzt bei Maßnahmen der pro-aktiven Handels- und Industriepolitik an; bedeutsam ist aber auch ein umfassender Neubeginn im Bereich der Landwirtschaft und der Agroindustrien, um die Strukturtransformation in Gang zu bringen bzw. zu beschleunigen. Die **vierte Programmkomponente (breiter Aufbau von sozialen Sicherungsnetzen)** dient dazu, die bestehenden sozialen Sicherungssysteme zu ergänzen, zu verbreitern und effektiver zu gestalten, da diese derzeit nur wenige Prozent der Bevölkerung bzw. der Arbeitskräfte erreichen. Auch neue Ansätze, wie konditionierte oder nichtkonditionierte Cash Transfers, sind zu prüfen. Die **fünfte Programmkomponente (Reduzierung der horizontalen und vertikalen Ungleichheiten)** zielt auf eine Verminderung der regionalen Ungleichheiten in Hinblick auf ökonomische, politische, kulturelle und soziale Chancen und auf eine Verminderung der Einkommenskluft zwischen Reich und Arm, insbesondere durch Förderung der Mittelschichten. Die beiden Grafiken unten zeigen, wie groß der Handlungsbedarf ist, und was etwa durch Änderungen beim Fiskalföderalismus und bei Steuern und Staatsausgaben bewerkstelligt werden sollte. Besonders in den ländlichen Gebieten, in denen die Armut besonders groß ist, besteht Handlungsbedarf, da horizontale und vertikale Ungleichheiten sich wechselseitig verstärken und so als Wachstums- und Entwicklungshemmnisse wirken.

### **Weitergehende Forschungen zu den horizontalen und vertikalen Ungleichheiten im Sudan und im Süd-Sudan:**

Die Studie von Professor Wohlmuth wird demnächst in den *SERG (Sudan Economy Research Group) Discussion Papers* als Heft Nummer 41 erscheinen (vgl. dazu den Link zur: **SERG Reihe** <http://www.iwim.uni-bremen.de/forschung/forsch-sudan.htm>). Auch bei der *Interdisziplinären Sudankonferenz an der Universität Erfurt* Ende Februar 2014 wird die Studie vorgelegt.

In einem *Forschungsvorhaben zur „Fiskalischen Dezentralisierung im Sudan am Beispiel des Bundesstaates Al Gadarif“* wird in den kommenden Monaten von einem Gastwissenschaftler aus dem Sudan untersucht werden, welche Möglichkeiten es gibt, die vertikalen und horizontalen fiskalischen Ungleichgewichte im Sudan zu reduzieren. Sowohl die vertikalen Finanzbeziehungen zwischen dem Bund, dem Staat Al Gadarif und den Kommunen als auch die horizontalen Finanzausstattungen der zwölf Provinzen des Staates Al Gadarif sind ungleichgewichtig und entwicklungsfeindlich. Der Aufenthalt des Gastwissenschaftlers an der Universität Bremen wird vom DAAD finanziert; die Betreuung und Beratung hat Professor Wohlmuth übernommen. Im Rahmen des viermonatigen Forschungsaufenthaltes werden auch Vorträge gehalten und es wird ein Bericht für die SERG Discussion Papers verfasst.

Im *Band 17 des African Development Perspectives Yearbook* mit dem Titel *“Macroeconomic Policy Formation in Africa: Country Cases”* werden Ökonomen aus dem

Sudan und dem Süd-Sudan auch über horizontale und vertikale Ungleichheiten als Wachstums- und Entwicklungshemmnisse publizieren. Der Band 17 erscheint im April 2014 (vgl. dazu den Link zum Afrika-Jahrbuch: <http://www.iwim.uni-bremen.de/africa/africanyearbook.htm>).